

Sitzung vom 19. September 2001

1457. Postulat (Unternehmerisches Denken)

Die Kantonsrätinnen Elisabeth Derisiotis-Scherrer, Zollikon, und Emy Lalli, Zürich, haben am 2. Juli 2001 folgendes Postulat eingereicht:

Der Regierungsrat wird gebeten zu veranlassen, dass an den Berufsschulen, an Fachhochschulen und der Universität Module zum Thema «Unternehmerisches Denken» angeboten beziehungsweise in bestehende Lehrgänge integriert werden.

Begründung:

Auch in der Schweiz findet seit Anfang der 80er-Jahre nicht mehr das bürokratische Grossunternehmen, sondern vermehrt das flexible, innovative Kleinunternehmen Beachtung. Der Anteil an Neugründungen ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. Unternehmensgründungen gewinnen auch aus volkswirtschaftlicher Sicht zunehmend an Bedeutung. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag zur Beschäftigungsentwicklung, haben eine besondere Bedeutung für den Strukturwandel auf regionaler Ebene, spielen eine wichtige Rolle im Innovationsprozess sowie im technischen Wandel und tragen dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Es gibt daher ein grosses und wachsendes Interesse der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene wie auch von privaten Verbänden, Vereinen und Organisationen, die Bestrebungen von Neugründungen zu fördern und zu unterstützen.

Mit Ausnahme der Meisterausbildung fehlt jedoch in der Aus- und Weiterbildung weitgehend die kompetente Vermittlung des nötigen Fachwissens zur Unternehmensgründung und -führung, also das Lehren und Lernen von unternehmerischen Fähigkeiten, unternehmerischem Verhalten und den Instrumenten einer erfolgreichen Unternehmensführung.

Dies ist dringend notwendig, um eine frühzeitige fundierte Entscheidungsgrundlage für Unternehmensgründungen zu gewährleisten. Damit soll auch ein voraussehbares Scheitern auf Grund mangelnder Kenntnisse, welches sowohl für die Betroffenen als auch für die Gesellschaft mit hohen Kosten verbunden ist, vermehrt verhindert werden können.

Dieses Fachwissen sollte in den Berufsschulen, in den Fachhochschulen und an den Universitäten vermittelt werden.

Auf Antrag der Bildungsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Zum Postulat Elisabeth Derisiotis-Scherrer, Zollikon, und Emy Lalli, Zürich wird wie folgt Stellung genommen:

Die Berufs- und Technikerschulen unterliegen dem Zuständigkeitsbereich des Bundes, der auch die in der Grundausbildung zu unterrichtenden Inhalte festlegt. Eine direkte Einflussnahme ist den Kantonen hier nicht möglich. Das Weiterbildungsangebot an Berufsschulen umfasst hingegen Lehrgänge zum Thema unternehmerisches Denken. Als Beispiel sei auf die Berufsschule für Weiterbildung, Abteilung Erwachsenenbildung, verwiesen. Im Wintersemester 2000/01 werden verschiedene Veranstaltungen unter dem Titel «Management» geführt, welche auf die praktischen Anforderungen und wirtschaftlichen Hintergründe ausgerichtet sind, die mit der Gründung und Leitung von Betrieben verbunden sind. Ausserdem erfahren die Lehrlinge durch das duale System insbesondere in kleinen und mittleren Betrieben schon während der Grundausbildungszeit den unternehmerischen Alltag.

An Fachhochschulen und Universitäten ist die unternehmerische Schulung ein Bestandteil von betriebs- und wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen. Für Studierende anderer Richtungen lässt sich das entsprechende Wissen teilweise im Wahlangebot bereits während des Studiums erwerben. Dies wird in Zukunft dank der geplanten Modularisierung der Studiengänge in einem deutlich höhern Mass möglich sein. Daneben gibt es besondere Weiterbildungsseminare, Nachdiplomstudien oder -kurse, die je nach Bedarf in verschiedenen Ausprägungen an den Hochschulen der Zürcher Fachhochschule (ZFH), der Universität, der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) oder auch an privaten Institutionen besucht werden können.

Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, das Postulat nicht zu überweisen.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Bildungsdirektion.

Vor dem Regierungsrat

Der Staatsschreiber:

i.V.

Hirschi